

MiB

DIE LINKE.

Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 5 am 17. Mai 2011



Demonstration am 8. Mai 2011 gegen das NPD-Zentrum

Gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden

Nach vielen Erfolgen seit 2007, dem Zusammenschluss von PDS und WASG, befindet sich DIE LINKE zweifellos seit über einem Jahr in einer sehr schwierigen Phase ihrer noch jungen Geschichte. Über die zumeist selbst verschuldeten Ursachen dieser komplizierten Situation ist in den letzten Wochen vieles Richtige, aber auch mancher Unfug gesagt worden. Unstrittig ist sicherlich, dass es eine weit verbreitete Unkultur des Misstrauens gibt, die keineswegs nur auf den Konflikt zwischen Ost und West reduziert werden darf.

Erfreulicherweise scheint sich die Ära der innerparteilichen und zugleich sehr öffentlich zelebrierten Selbstzerfleischung aber inzwischen langsam dem Ende zu nähern, ohne schon von einem Ende der Notlage sprechen zu können. Mit seinem Beschluss vom 30. April „Lasst uns streiten! Für Gerechtigkeit und Frieden“ unternahm der Bundesvorstand einen ersten Schritt, aus dem Dilemma herauszuführen. Der nächste folgte am Montag darauf, als auf einem Sondertreffen des Bundesvorstandes

mit allen Landes- und Fraktionsvorsitzenden unter Einschluss von Oskar Lafontaine und Hans Modrow versucht wurde, wieder etwas Ruhe und Konstruktivität in die Partei zu bringen. Diesen auf Kooperation statt auf Konfrontation ausgerichteten Kurs gilt es nun bis zur bundesweiten Beratung der Kreisvorsitzenden am 26. Juni fortzusetzen. Es darf nämlich nicht vergessen werden, dass wir bekanntlich in diesem Jahr noch in drei Bundesländern (Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin) schwierige Wahlen zu bewältigen haben.

Um wieder in die Offensive zu kommen, muss die Partei in den nächsten Monaten wenigstens zwei zentrale Aufgaben lösen. Zum einen muss sie mehr gesellschaftlichen Debatten und Themen einen „linkes Gesicht“ verleihen, wie es Klaus Ernst ausgedrückt hat und dafür entsprechende politische Aktivitäten entwickeln. Die entscheidenden Stichworte sind in dem bereits genannten Beschluss vom 30. April klar aufgeführt: Atomkonzerne zur Kasse

bitten! Die Energiewende sozial gestalten! Eigentum rekommunalisieren! Privatisierung stoppen! Guter und bezahlbarer Wohnraum für alle! Gute Arbeit für alle! Keine Unterstützung für Kriege! Milliardenssteuer jetzt! Diese Forderungen

gelten natürlich nicht nur auf bundespolitischer Ebene, sondern sind selbstverständlich auch vor Ort mit Leben zu erfüllen. Es wird die daher die Aufgabe des Leipziger Stadtverbandes und aller seiner Strukturen sein, diese Losungen in unserer Stadt mit entsprechenden Handlungen zu untersetzen.

Zum anderen kommt DIE LINKE nicht darum, eine strategische Debatte über ihr künftiges Agieren als sozialistische Partei zu führen, das schließt den erfolgreichen Abschluss der Programmdebatte auf dem dreitägigen Bundesparteitag im Oktober mit einem möglichst hohen Grad an Zustimmung bei der anschließenden Urabstimmung ein – immerhin geht es um unsere grundlegende inhaltliche Alternative zum Kapitalismus.

DIE LINKE ist in einer spannungsgeladenen Situation, die wir nur alle gemeinsam – diesen Appell des Bundesvorstandes kann man nur unterstützen – überwinden können. Dazu braucht man Ausdauer, dazu braucht man Disziplin, dazu braucht man gute Nerven, dazu braucht man Zusammenarbeit, und dazu braucht man vor allem eine gemeinsame Idee. Und unsere Idee ist bekanntlich die einer gerechten Gesellschaft. DIE LINKE ist die Partei der Solidarität. Und wir sind zugleich die Partei der demokratischen Erneuerung, denn ohne Demokratie kann eine solidarische Gesellschaft nicht leben. Arbeiten wir zusammen für eine demokratische Erneuerung unseres Landes, arbeiten wir zusammen für eine neue soziale Idee.

Dr. Volker Külöw



1. Mai 2011: Augustusplatz

Gedenkfeier auf dem Ettersberg

Am 17. April 2011 wurde der 66. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald begangen. Auf dem Ettersberg trafen sich hochbetagte ehemalige Häftlinge, um sich der Zeit des Grauens in diesem Lager, ihrer toten Kameraden, der Solidarität, des Widerstandes, der Selbstbefreiung und des Neuanfanges zu erinnern. Mit ihnen waren viele gekommen, so auch Gen. Bodo Ramelow

und Gen. Diether Dehm, die sich dem Schwur von Buchenwald verbunden fühlen. Sie haben sich dem Vermächtnis der ehemaligen Buchenwalder entsprechend zu Frieden, Völkerverständigung und Solidarität bekannt.

In seiner Gedenkrede hat Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, ausgeführt, dass es nicht reicht, die Erinnerung an die nazistischen

Verbrechen wach zu halten. Es müssen für die Gegenwart und die Zukunft Lehren daraus gezogen werden. In einigen Ländern Europas gibt es heute leider immer noch Keime von menschenverachtenden Ideologien.

Davon sprach auch Romani Rose, Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums der deutschen Sinti und Roma. Er machte darauf aufmerksam, dass sich das Leid seiner Minderheit zu wiederholen droht. In vielen Ländern Europas sind sie einer massiven Verfolgung ausgesetzt.

Nach 66 Jahren müssen wir weiterhin Verantwortung für die Bewahrung des Vermächtnisses der Häftlinge von Buchenwald übernehmen. Erfüllen wir weiterhin die historische Losung der Überlebenden: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!

Ilona Jessulat



Sternstunden sächsischer Staatskunst

Mit großem Pomp überreichte Ministerpräsident Tillich dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama, im Juni 2009 anlässlich des Staatsbesuchs im Dresdener Residenzschloß ein Paar güldene Manschettenknöpfe. „Natürlich mit Sachsens ältestem Logo: den Meißener gekreuzten Schwertern“. Tillich rühmte mit Kennerblick: „...beim Porzellan sind Vergangenheit und Zukunft näher beieinander, als man denken würde.“ Wie wahr. Die Manschettenknöpfe sind aber leider nicht mit oder in MEISSENER Porzellan veredelt, sondern aus

schlichtem „18-karätigen Rosé-Gold“. Eine Metallsorte, von der Herr Präsident in Fort Knox mehr als genug deponiert hat. Auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage von MdL Volker Külow antwortet die Sächsische Staatsregierung. „Schmuck mit metallischen Einfassungen gehört seit 1760 zu den Produkten von Meissen“. Trefflich bemerkt dieser winzige wesentliche Unterschied: Einfassungen für MEISSENER. Hinsichtlich Hersteller und Standort bekennt die Sächsische Staatsregierung freimütig: „Bei dem Hersteller handelt es sich um eine Schmuckmanufaktur aus Mai-

land.“ Milano, als Stadt sächsischen Porzellans? So ergibt es sich, daß Ministerpräsident Tillich dem ersten Repräsentanten der amerikanischen Nation unter Meissener Flagge italienische Bijouterie à la Milano präsentiert, die mit MEISSEN nur der Anfangsbuchstabe „M“ verbindet. Sonst nichts. Mithin sind die eingravierten Schwerter nichts anderes als weltpolitischer Markenschwindel, ein sicherheitspolitischer Fauxpas. Armer Mister President! Herr Dr. Kurtzke, MEISSENER Manufakturchef, läßt unbeeindruckt verkünden: „Das Geschenk ist ein Unikat... Die Ge-

Bündnis „8. Mai“ auf gutem Weg

Am Sonntag, dem 8. Mai 2011 fand zum zweiten Mal auf dem Leipziger Lindenauer Markt eine Demonstrationsveranstaltung durch das Bündnis „8. Mai“ anlässlich der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus statt. Vor 66 Jahren musste die faschistische Armee kapitulieren. Dieses Bündnis konnte in diesem Jahr erneut fest stellen, dass es

richtig und wichtig ist, immer wieder an diesen Befreiungstag durch die Alliierten zu erinnern und diesen Tag feierlich zu begehen. Besonders wichtig ist es, dies eben - auch nach den anderen Veranstaltungen in der Stadt Leipzig - gerade auf dem Lindenauer Markt in unmittelbarer Nähe des Neonazi-Bü-



kreuzten Schwerter stehen seit 1722 für hohe Handwerkskunst und gelebte Tradition.“ Nun ist Herr Dr. Kurtzke nicht die längste Zeit Chef in MEISSEN und sein Aufsichtsvorsitzender, Prof. Biedenkopf, hat ihm vielleicht das Porzellan-Geheimnis noch nicht eröffnet. War es doch tatsächlich kein anderer als Dr. Kurtzkes Vorgänger, ein gewisser Friedrich Böttger, der der Menschheit „Weißes Gold“, statt („Rosé-)Gold“, geschenkt hat. Nun ist das alles erst 300 Jahre her, und ein neuer MEISSEN-Chef kann schließlich nicht alles wissen. Allerdings gab Böttger vor, echtes Gold herstellen zu wollen. An diesem Punkt nähert sich Herr Dr. Kurtzke via Mailand allerdings den Ursprüngen der Manufaktur. Auf das Ansinnen von MdL Dr. Külow, das Echtheits-Zertifikat der noblen MEISSENER Gabe an Obama offenzulegen, weist die Sächsische Staatsregierung schneidig darauf hin: „Für Produkte von Meissen® werden ... grundsätzlich keine Zertifikate ausge-

händigt“. Wie bedauerlich für Präsident Obama, denn damit ist eine Regreßforderung des Weißen Hauses gegenüber der Sächsischen Staatskanzlei ausgeschlossen. Noch bedauerlicher ist aber die Unkenntnis der Staatsregierung über ihren eigenen Staatsbetrieb, denn Herr Dr. Kurtzke versichert seinen Kunden schwarz auf weiß: „Sie [erhalten] mit dem Kauf der Porzellanobjekte, speziell bei limitierten MEISSEN-Erzeugnissen, ein Zertifikat zum Objekt.“ Obama als Staatsgast, nicht als Käufer, ist ganz sicher ein Grenzfall. Einerseits handelt es sich um ein Unikat, andererseits um kein MEISSENER. Insofern eine hochweise Entscheidung der Staatsregierung, im sächsisch-amerikanischen Verhältnis vorsorglich Irritationen vorzubeugen. Herr Ministerpräsident Tillich kann mit der Milano-Gabe der Staatskanzlei für sich in Anspruch nehmen, protokollarisch auf höchstem Niveau in gleicher Höhe zu agieren. Weltweit. Zuvor, zur Karnevals-

zeit des gleichen Jahres 2009, hatte er seinem russischen Amtskollegen, Wladimir W. Putin in einer Semperoper-Inszenierung mit dem unstrittig echten privatsächsischen Opernball-Dankesorden dekoriert. Wenn aber der Chef der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen sich erlaubt, no-name-Bijouterie als Staatsgeschenk, MEISSENER, unter falscher Flagge zu lancieren, dann handelt es sich in seiner Person um eine katastrophale Fehlbesetzung. Wir meinen, Präsident Barack Obama hat Anspruch auf Satisfaktion. Sachsens LINKE ist bereit, als good-will-action zur Wiedergutmachung im Weißen Haus ein Paar originäre Manschettenknöpfe mit original MEISSENER Porzellan-Plättchen zu überreichen. Natürlich nur dann, wenn Herr Ministerpräsident Tillich diese diplomatische Hilfestellung begrüßen sollte und MEISSEN die Herstellung garantiert.

Dr. Volker Külow

Leipziger LINKE ehrt Antifaschist Karl Ferlemann

Am Dienstag, den 3. Mai 2011, dem 66. Todestag von Karl Ferlemann, wurde am Straßenschild der Karl-Ferlemann-Straße/ Ecke Merseburger Straße eine Zusatztafel zum Straßenschild eingeweiht. Diese Zusatztafel weist in kurzen Worten auf das Leben und Wirken von Karl Ferlemann hin.

Initiiert wurde die Tafel durch den Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow, die Stadträtin Naomi-Pia Witte und den Stadtbezirksverband Alt-West der Partei DIE LINKE. Damit soll die Erinnerung an die vielen Antifaschisten aus dem Leipziger Westen wach gehalten werden, die sich aktiv am Kampf gegen

die braune Diktatur beteiligt haben. Viele dieser Kämpfer bezahlten ihren Einsatz gegen den Faschismus mit dem Leben. So wurde Karl Ferlemann nach jahrelangem Aufenthalt im Zuchthaus und dem KZ Sachsenhausen am 3. Mai 1945 auf einem der Hunger- und Todesmärsche von marodierenden SS-Schergen ermordet.

Die Initiatoren dieser Zusatztafel werden anlassbezogen auch an die anderen Widerstandskämpfer aus dem Leipziger Westen in angemess-

sener Form erinnern. Wie wichtig und aktuell dieses Gedenken an das antifaschistische Erbe in diesem Stadtteil ist, zeigt die bedrückende Entwicklung um das Neonazizentrum in der Odermannstraße.

Dr. Volker Külow



ros in der Odermannstraße durchzuführen.

Die Vorbereitung der Demonstration, auf der mehr als 300 Teilnehmer gezählt wurden, wurde mit dem Vortragen des Schwurs von Buchenwald durch Beate Ehms eingeleitet. Der Oberbürgermeister der Stadt, Herr Jung, machte in seiner Ansprache darauf aufmerksam, dass aus historischer Erfahrung ein Krieg schon lange vor dem eigentlichen kriegerischen Ereignis in den Köpfen der Menschen vor-

bereitet wird. Aus einem dieser Gründe dürfe nirgendwo, nicht in der Stadt Leipzig, nicht in Sachsen, nicht in der Bundesrepublik und nicht in Europa zugelassen werden, dass sich nazistisches Gedankengut breit macht. Diese Aufforderung des OBM nahmen mehr als 400 Teilnehmer mit Beifall auf. Das Bündnis „8. Mai“ lud alle teilnehmenden Gruppierungen, Vereinigungen und Parteien ein, auch im nächsten Jahr sich dem Bündnis anzuschließen, den 8. Mai feierlich als den Tag der Befrei-

ung vom Faschismus zu begehen und gleichzeitig dem immer noch vorhandenen Neonazismus mit entsprechenden Demonstrationen entgegen zu wirken. Für die teilnehmenden Mitglieder der Partei DIE LINKE., den verschiedenen AG und IG stellt sich nicht die Frage einer Teilnahme, sondern ist es ein Bedürfnis sich öffentlich gegen den Nazismus zu bekennen.

Sigmund Mai
Sprecher der AG Frieden und Gedenken

Landesseniorenkonferenz 2011 in Leipzig

Am Mittwoch, den 8. Juni 2011, findet in der Zeit von 10:00 bis 15:00 Uhr im Ratskeller der Stadt Leipzig, Lotterstraße 1, die Landesseniorenkonferenz der Partei DIE LINKE. statt.

Thema der Konferenz: „Wachsender Pflegebedarf vor dem Hintergrund zunehmender Altersarmut in Sachsen“
Mit dieser Landesseniorenkonferenz setzt die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag die Auseinandersetzung mit der Armutproblematik fort. Die Fraktion wies als erste vor Jahren auf den Ärztemangel hin, den die Staatsregierung negierte. Heute thematisieren wir als erste den drohenden Pflegenotstand infolge demografischen Wandels und zunehmender Altersarmut.

Ablauf

10:00 Uhr Begrüßung und Eröffnung
Dr. André Hahn, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

10:10 Uhr Wachsender Pflegebedarf vor dem Hintergrund zunehmender Altersarmut

Dr. Dietmar Pellmann, MdL, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

10:40 Uhr Zum Entwurf eines neuen Heimgesetzes für Sachsen

Kerstin Lauterbach, MdL, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

11:00 Uhr Alternative Positionen der LINKEN zur „Pflegereform“ der Bundesregierung

Kathrin Senger-Schäfer, MdB, pflegepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

11:20 Uhr Anfragen und Diskussion

12:15 Uhr Mittagspause

13:15 Uhr 20 Jahre Seniorenarbeitsgemeinschaft in Sachsen

14:45 Uhr Schlusswort

Dr. Dietmar Pellmann, MdL, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bildungsfahrt nach Mala Upa 2011

Die diesjährige Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen veranstalten wir gemeinsam mit der AG Senioren. Um dem gemeinsamen antifaschistischen Anspruch Ausdruck zu verleihen, aber auch um die Zusammenarbeit über Generationsgrenzen hinweg zu verbessern haben wir uns so entschieden. Bekanntlich fahren Mitglieder der AG Senioren am letzten Augustwochenende (27. und 28. August) zum internationalen Antifatreffen nach Mala Upa. Die AG Junge GenossInnen hat sich an diesen Fahrten in den vergangenen Jahren häufig mit einzelnen Mitgliedern daran

beteiligt.

In diesem Jahr wollen wir das Antifatreffen nutzen und dies mit unserer jährlichen Bildungsfahrt verbinden. Die Anreise erfolgt am 27. August 2011 (Abfahrtszeit steht noch nicht fest) mit dem Reisebus. Nach der Teilnahme am Antifatreffen besteht die Möglichkeit, auf die Schneekoppe zu wandern (Treffen mit GenossInnen auf dem Gipfel), am späten Nachmittag findet in Trutnow eine Gesprächsrunde unter dem Thema: „Verschiedene Generationen - was trennt und was vereint uns?“ statt. Am Abend lassen wir den Abend

mit einem Filmabend und bei lockeren Gesprächen ausklingen. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag, 28. August. Auf dem Heimweg besuchen wir noch eine Brauerei.

Wer an dieser Fahrt teilnehmen möchte, kann sich ab sofort in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus (Tel.: 0341 14064411, Fax: 0341 14064418 oder Email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de) verbindlich anmelden.

Für die Fahrt, inklusive Übernachtung ist ein Unkostenbeitrag in Höhe von 40 Euro (ermäßigt: 20 Euro) zu entrichten.

AG JG Leipzig

Yes, she can? Kinder, Küche und Karriere

Vor gut einem Jahr tobte in der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit eine Debatte darüber, ob für die Vorstände deutscher börsennotierter Unternehmen eine gesetzlich verbindliche Frauenquote eingeführt werden sollte. Inzwischen ist die Debatte verebbt, verändert hat sich nichts. Dennoch war dieses Ereignis spannend! In mehrfacher Hinsicht war es aufschlussreich, über den Stand der Geschlechtergleichstellung in der BRD: Erstens, ist es damit nicht so weit her, wie man glauben könnte.

Schaut man sich die geschlechtsbezogenen Arbeitsmarktdaten der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung an, klappt einem die Kinnlade herunter (Hans-Böckler-Stiftung: <http://www.boeckler-boxen.de/1129.htm>): Frauen verdienen im Schnitt 23 % weniger Lohn - egal ob als Leiterin der EDV (-566€) oder als Friseurin (-366€). 46 % aller weiblichen Erwerbstätigen arbeiten in Teilzeit. Es handelt sich um Arbeitsverhältnisse mit Garantie auf Altersarmut. An der Universität Leipzig sind die Verhältnisse nicht besser: 16% der C4-ProfessorInnen sind Frauen (Jahresbericht der Universität Leipzig 2009, S. 146). Auch wer offenen Auges durch den Alltag schreitet, ent-

deckt so Einiges, das Frauen abwertet: Von der nächsten Litfasssäule streckt uns das lasziv dreinblickende H&M-Modell mit den aufgeblasenen, halb geöffneten Lippen seine Brüste entgegen. Man fragt sich, ob Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, solche Frauen meinte, als er sagte, ein paar Frauen in führenden Rollen seien wünschenswert, denn sie machten die Gremien „farbiger und schöner“? (Kampf um die Frauenquote spaltet Wirtschaft“, In: Handelsblatt, 04.02.2011)
Zweitens, die Diskriminierung von Frauen trifft alle Frauen in verschiedenen Erscheinungsformen, egal ob sie in der Gesellschaft ganz oben oder ganz unten sind.

Herzlicher Danke

Am 17. Februar übergaben Cuba si-Companeros im Milchprojekt Rosafé (Provinz Havanna/Mayabeque) den Bulldozer, für den wir seit Mai 2010 Spendenkampagnen gestartet hatten. Jetzt haben uns die Projektmitarbeiter die ersten Fotos vom Einsatz des schweren Geräts im Kampf gegen den Marabú-Strauch geschickt. „Dieser Bulldozer“, schreiben sie, „ist eine enorme Arbeitserleichterung für uns. er ermöglicht uns, große Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zurückzugewinnen. Für uns Kubaner bedeutet diese zusätzliche Anbaufläche eine höhere Produktion von Lebensmitteln und Futterpflanzen - und damit weniger Devisen-Importe.“ Der Leiter des Projektes, Eduardo Sosa, sagt allen SpenderInnen in Deutschland ein herzliches Dankeschön. **AG Cuba si**



DEUTSCHLAND IM KRIEG

Friedenspolitischer Abend
DIE LINKE. Stadtverband Leipzig



Donnerstag, 19. Mai 2011
Liebknecht-Haus, Braustraße 15, Südvorstadt

18.00 Uhr Film:

Es begann mit einer Lüge. Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg.
WDR-Dokumentarfilm

ab 19.00 Uhr parallele Podien:

Podium I:

Humanitäre Kriegseinsätze? Die NATO-Intervention in Libyen.

Mit Dr. Peter Strutynski, AG Friedensforschung an der Universität Kassel

Podium II:

„Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“. Diskussion zur Zukunft der Außen- und Friedenspolitik der LINKEN.

Mit Tobias Pflüger und Gerry Woop (Mitglieder des Bundesvorstandes DIE LINKE)

20.30 Uhr Abschlusspodium:

„Wiederkehr des imperialistischen Zeitalters? Die Kriege des 21. Jahrhunderts und DIE LINKE“

Mit Prof. Dr. Georg Meggle (angf.), Tobias Pflüger, Dr. Peter Strutynski und Gerry Woop

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

In Medienpartnerschaft
mit der Tageszeitung **jungeWelt**

Drittens, scheint es Gleichstellung in der BRD - wenn überhaupt - nur für Privilegierte zu geben: Bei circa 2.350 Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsräten wären 0,000029 % der Bevölkerung der BRD von der Frauenquote betroffen gewesen. (Hans-Böckler-Stiftung: <http://www.boeckler-boxen.de/5438.htm>). Die 2,4 Millionen Frauen, die als Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor arbeiten, blieben von dieser Debatte folglich unberührt. Ebenso die vielen Frauen, welche unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, weil es keine erschwingliche Kinderbetreuung gibt und ihnen noch immer die Hauptzuständigkeit für die Kinder zugeschrieben wird.

Zum Schluss sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es seit 2002 einen Rollback (Rückschritt) in den Gleichstellungspolitiken der Bundesregierungen gegeben hat: Sie wurde zunehmend auf Familienpolitik, auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und zwar nur für Frauen - verkürzt. Damit werden nicht nur traditionelle Geschlechterrollen konserviert. Diese Politik ist zugleich sozial hoch selektiv, da sie Privilegierte fördert.

Die Familienpolitik des letzten Jahrzehntes und die sie begleitenden (neo) liberal-feministischen Diskurse wird Jörg Nowak am 6. Juni kritisch analysieren. Er spricht im Rahmen der

Veranstaltungsreihe „Yes, she can? Kinder, Küche und Karriere“ des Die Linke.SDS-Leipzig, dem Studierendenverband der LINKEN. Über die Vielheit an sozialen Kämpfen, politischen Erregenschaften und akademischen Debatten, die sich mit dem Begriff „Feminismus“ verbinden, wird am 26. Mai Florence Hervé sprechen. Am darauf folgenden Montag, den 30. Mai, nimmt sich Gisela Notz der Frage an, wie die Benachteiligung von Frauen im neoliberalen Zeitalter und nach dem Auslaufen des Alleinernährermodells konkret aussieht.

Pia P. Probst (Die Linke.SDS-Leipzig)

Leipzig braucht endlich Rechtssicherheit bei den Kosten der Unterkunft

Wie die LVZ am 23. April 2011 auf Seite 17 berichtete, bezahlt die Stadt Leipzig zu wenig „HARTZ IV“-Miete. Weiterhin wurde in dem Artikel erwähnt, dass nun auch der Stadtrat die Verwaltung auffordert, eine Neuberechnung der Kosten der Unterkunft vorzunehmen.

Diese Aufforderung geht nicht zuletzt auf den Haushaltsantrag Nr. 35 der Fraktion DIE LINKE zurück, der in der letzten Stadtratssitzung im Sinne des Verwaltungsstandpunktes einstimmig votiert wurde. Damit wird der OBM nun beauftragt, zeitnah das schlüssige Konzept dem Stadtrat vorzulegen, aufgrund dessen dann die Neuberechnung der Kosten der Unterkunft erfolgen kann.

Allerdings ist es schon länger bekannt, dass die seit 2004 in Leipzig geltenden Sätze nicht mehr der Rechtslage entsprechen. Spätestens nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 29.09.2009 hätte die Verwaltung die Kriterien zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft nach-bessern müssen.

Aber die Richtlinie entspricht nicht nur nicht mehr der Rechtslage, sie entspricht auch schon lange nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten des Leipziger Wohnungsmarktes. So ist es schon seit geraumer Zeit äußerst schwierig, insbesondere für ein und zwei Personen Bedarfsgemeinschaften, eine Wohnung zu finden, die den derzeit gültigen Leipziger Regelungen gerecht wird. Aus diesem Grund sind viele der Betroffenen gezwungen, den Differenzbetrag zwischen der vom Amt bezahlten und der tatsächlichen Miete aus der eigenen Tasche zu begleichen. Dies alles brachte die Fraktion DIE LINKE schon vor geraumer Zeit dazu, eine Erhöhung der geltenden Sätze zu fordern. Zur Haushaltsdebatte wurde dann auch ein entsprechender Antrag von der Fraktion eingebracht. In der Haushaltssitzung des Stadtrates am 3. März 2011 wies die Sprecherin für Sozialpolitik der Fraktion, Naomi-Pia Witte, eindringlich auf die nicht mehr rechtssicheren Sätze der Leipziger Kriterien hin. Sie forderte als Konsequenz eine deutliche Erhöhung der Kosten

der Unterkunft.

Mit einem weiteren Antrag will die Fraktion DIE LINKE nun erreichen, dass das Jobcenter bis zur Neufestsetzung der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft an Betroffene keine Aufforderungen zur Senkung der Miete mehr versendet. Nach unserer Ansicht kann es nicht sein, dass das Jobcenter den ALG II-Beziehern die Kürzung auf die Sätze der Stadt Leipzig androht, die in ständiger Rechtsprechung vom Sozialgericht schon vor Monaten verworfen wurde.

Naomi-Pia Witte

Sozialpolitische Sprecherin

Nach geplattem Deal gehören Wohnungsbestände in den neuen Ortsteilen auf den Prüfstand

Der geplatze Deal des Paketverkaufs der kommunalen Wohnungsbestände bietet die Chance, die Zukunft der Kommunalwohnungen in den eingemeindeten Ortsteilen unter unbedingter Einbeziehung des Stadtrates und der betroffenen Ortschaftsräte erneut auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Zusammenhang sollte zunächst geprüft werden, inwieweit langfristig wirtschaftlich zu unterhaltende und bereits sanierte Bestände auf die LWB übertragen werden und kleinere Pakete an in der Region ansässige und dem Gemeinwohl verpflichtete Wohnungsunternehmen, wie Wohnungsgenossenschaften, verkauft werden können. Eine solche Strategie war durch Wirtschaftsbürgermeister Albrecht im vergangenen Jahr gegenüber der Linksfraktion in Aussicht gestellt worden. Zu prüfen ist, ob die Verwaltung dieser stadteigenen Bestände durch die LWB in Fremdverwaltung übernommen und objektbezogenen Instandhaltungsmaßnahmen aus den Mieteinnahmen getätigt werden, um einen Verfall aufzuhalten. Die bisherige Verwaltung durch den Verkauf dürfte ohnehin obsolet sein. Ein Verkauf einzelner, nicht wirtschaftlich zu sanierender und langfristig zu unterhaltender Gebäude sollte trotzdem möglich sein. Missachtet wurde beim Paketverkauf, dass ehemalige Gemeinden, wie Liebertwolkwitz oder Burghausen, sich nach 1990 nicht nur dem Bau der ge-

meindlichen Infrastruktur gewidmet haben, sondern Eigenmittel in den Erhalt gemeindeeigner Wohnungen investiert haben.

Da weder die LWB noch die Wohnungsgenossenschaften Wohnungsbestände in den vom Paketverkauf betroffenen Ortsteilen besitzen, ist die Präsenz der Stadt und Wohnungsgenossenschaften in diesen eingemeindeten Ortsteilen wichtig, um die lagebezogene Mietentwicklung zu dämpfen sowie einer sozialen Entmischung und damit Vertreibung der Mieter entgegenzuwirken. Beim kürzlich letzten Paketverkauf der LWB war das beachtet worden, da diese weiterhin in den Stadtteilen, wie in Thekla oder Großschocher mit eigenen Beständen oder aber Wohnungsgenossenschaften präsent sind. Weiteren Paketverkäufen der LWB werden die Vertreter der Linksfraktion im LWB-Aufsichtsrat konsequent entgegengetreten.

Offensichtlich wittern einige Immobilenkäufer die Chance, ohne eigene sorgfältige Prüfung Schnäppchenkäufe zu tätigen. Da Verkäufe städtischen Eigentums nicht unter Wert erfolgen dürfen, sind die Immobilienwerte angemessen. Offenbar wird das Kapital in der Jagd nach hohen Profiten nach der Finanzkrise schon wieder kühn. Trotzdem ist auch wegen der im Raum stehenden Forderung an die Stadt nach erheblichem Preisnachlass bei verkauften ehemaligen städtischen Gesundheitseinrichtungen kritisch zu hinterfragen, wie sorgfältig in der Stadtverwaltung solche Verkäufe und Verhandlungen organisiert werden.

Siegfried Schlegel

Sprecher für Stadtentwicklung

Bürgerforum

zum Verkehrskonzept ZOO
am 23. Mai, 18:30 Uhr

im Beratungsraum
Zoo-Verwaltung

Mit:

Dr. Junold, ZOO-Direktor
Frau Höfer, Leiterin Verkehrs-
und Tiefbauamt
Vertretern des Ordnungsamtes

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Do., 19. Mai 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

Do., 19. Mai 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Monika Runge, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Di., 24. Mai 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Mi., 25. Mai 2011 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Aufbruch Nahost? Diskussionspartner: Prof. Dr. Hans – Georg Ebert, Orientalisches Institut der Universität Leipzig, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.

Do., 26. Mai 2011 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „Die Frauenbewegten: Geschichte, Erfolge und Rollbacks“. Referentin: Dr. Florence Hervé. SDS, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Seminarraum 2.

So., 29. Mai 2011 - 11:00 Uhr

Muko 2020 - Sonntagsmatinee mit Kaffee und Kuchen, mit Michael Faber, Karsten Gerkens, Dr. Volker Külöw, Stefan Diederich und weiteren Vertretern der Muko, Moderation: Dr. Skadi Jennicke. Musikalische Komödie, Venusaal.

Mo., 30. Mai 2011 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „Unterdrückung in den Grenzen von 2011. Referentin: Dr. Gisela Notz. SDS, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Seminarraum 2

Di., 31. Mai 2011 - 18:00 Uhr

Diskussionsabend: „Kuba nach dem VI. Par- teitag der KP. Wie geht es weiter?“ Gast Herr

Eduardo Lazo. Veranstalter: AG Cuba sí Leipzig und DIE LINKE. Leipzig-Nord, Gaststätte „Goldene Höhe“, Virchowstraße 90.

Mo., 6. Juni 2011 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „Jede Frau steht ihren Mann: Der Feminismus der Neoliberalen“. Referent: Dr. Jörg Nowak. SDS, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Seminarraum 2.

Di., 7. Juni 2011 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig: mit Hassan Zeinel Abidine zur aktuellen Situation im nahen Osten, LHL.

Mi., 8. Juni 2011 - 19:00 Uhr

Diskussionsabend: „Islamophobie - Die Funktion von Rassismus in der Krise Zum Zusammenhang von Krise, Sozialabbau und Rassismus“ Referent: Gerd Wiegel (MA Bundestagsfraktion DIE LINKE), LHL.

Do., 9. Juni 2011 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: „Antifaschismus im Alltagsleben“ mit MdL Kerstin Köditz. Anschließend Neuwahl des Sprecherrates der AG, LHL.

Do., 9. Juni 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Sa., 11. Juni 2011 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Es wird folgender Film gezeigt: „Angela Davis - Eine Legende lebt“, LHL.

14. Juni bis 16. Juni

Sozialtour mit MdB Dr. Barbara Höll

Mi., 15. Juni 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Bürgerbüro Lindenau, Georg-Schwarz-Str. 8.

Mi., 15. Juni 2011 - 18:30 Uhr

Bildungsabend: Perspektiven und Probleme der Entwicklung der Jugendhilfe in der Stadt Leipzig - Positionen der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Diskussionspartner: Rüdiger Ulrich, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a.

Mo., 20. Juni 2011 - 18:00 Uhr

Sozialpolitischer Stammtisch: „Das Bildungs- und Teilhabepaket floppt.“, LHL.

Di., 21. Juni 2011 - 11:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Wahlkreisbüro Gorkistraße 120.

Di., 21. Juni 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Do., 23. Juni 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 23. Juni 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Monika Runge, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Mo., 27. Juni 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

**Geschäftsstelle
geschlossen**

Am Freitag, den 3. Juni 2011,
bleibt die Geschäftsstelle im
Liebknecht-Haus geschlossen.

12. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Todesmärsche 1945

Am 8. Mai 1945 erlebte die Menschheit die endgültige Befreiung von der Nazi-Herrschaft. Noch zuvor, am 13. April 1945 wurde die Räumung des KZ-Außenlagers Buchenwald durchgeführt. Etwa 300 kranke Häftlinge blieben zurück, viele von ihnen wurden Opfer des Massakers von Abtnaundorf. Dieses Massaker war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bei dem am 18. April 1945 in Abtnaundorf mindestens 80 KZ-Häftlinge des KZ Außenlagers bei lebendigem Leib verbrannten oder erschossen wurden.

So versuchten SS und Gestapo in den letzten Kriegstagen die von ihnen begangenen Verbrechen durch neue Verbrechen zu verwischen. Viele Konzentrations-, Zwangsarbeits- und Haftlager der verschiedensten Art wurden durch sie geräumt und tausende dem Tod entronnene Häftlinge auf lange, oft ziellose Märsche, auch durch das Leipziger Land, gehetzt. Viele der Gehetzten und Geschundenen überlebten diese Qualen nicht. Sie starben vor Hunger und Durst, an völliger Entkräftung und durch die Schüsse der SS-Wachen und wurden oftmals einfach am Straßenrand liegen gelassen. Diese letzten Verbrechen der Nazis, die so kurz vor der ersehnten Freiheit noch so vielen Menschen das Leben kosteten, kennen wir heute als die Todesmärsche. Leipzig war ein Ausgangspunkt dieser Todesmärsche.

Die Mitglieder der AG Frieden und Gedenken waren geschlossen am 8. Mai 2011, zum 12. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche, dabei.

Am Mahnmal in Abtnaundorf zur Eröffnung des Gedenkmarsches hielt Renate Peinel vom BdA e. V. eine sehr würdevolle Ansprache. Anschließend haben

die AG Mitglieder Genossin Conchita Pradel und Martina Schneider, liebevoll selbstgebundene Blumengebinde, zum Gedenken an die Opfer der Todesmärsche am Denkmal niedergelegt. Danach stiegen 66 Friedenstauben, unter Begleitung von jüdischer Musik, dem Himmel entgegen. Gemeinsam gingen wir mit den ca. 60 Teilnehmern dann ein Stück des Weges, den die KZ-Häftlinge 1945 gehen mussten, und trugen die Fahnen der Nationen der Opfer mit uns. Auf diesem Weg wurde mit Hilfe eines Lautsprecherwagens von Radio Corax, Zeitzeugenberichte zu den Todesmärschen den Leipziger BürgerInnen näher gebracht. Genossin Juliane Nagel hat diese spannenden sowie doch recht tragischen Geschichten zu diesem Zweck sehr gut ausgewählt und tontechnisch aufbereitet.

Die AG war bei den Vorbereitungen zum 12. Gedenkmarsch sehr aktiv eingebunden. So stellte Steffi Deutschmann in Namen der AG Frieden und Gedenken einen Antrag zur Finanzierung des benötigten Busses an den Stadtvorstande DIE LINKE in Leipzig. Dieser Antrag wurde von den Mitgliedern des Stadtvorstandes einstimmig befürwortet. Dies zeigt den hohen Stellenwert für das Gedenken in den Reihen der Mitglieder des Stadtverbandes von DIE LINKE in Leipzig.

Am Wegezeichen in der Kamenzer Straße 10 wurde eine Kundgebung am ehemaligen KZ-Außenlager der HASAG durchgeführt. An diesem Wegezeichen errichteten wir die nun schon dritte Mal geschändete Gedenktafel neu. Siegmund Mai übernahm einen Teil der handwerklichen Vorbereitung zur Wiedererrichtung der Gedenktafel, welche durch weitere Mitglieder der AG, Peter

Kludig sowie Richard Gauch, vor Ort montiert wurde.

Nach einem kurzen Besuch der „Gedenkstätte für Zwangsarbeit“ in der Permoserstraße fuhren wir gemeinsam in Richtung Wurzen, wo wir uns mit der Gruppe trafen, die von Borsdorf aus gelaufen ist und gingen gemeinsam bis zum Friedhof Wurzen um dort der Opfer der Todesmärsche zu gedenken.

Die Mitglieder der AG Frieden und Gedenken unterstützen die Bemühungen der Initiativgruppe unter Leitung des Leipziger Friedenszentrum e. V. für die Errichtung einer Gedenkinstallation für die Deportierten auf dem Leipziger Hauptbahnhof, die mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über deren Leipziger Streckennetz in die Zwangs- und Todeslager verschleppt wurden. Die AG fordert die Deutsche Bahn zur Unterstützung dieses Vorhabens auf.

Richard Gauch

**Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:
Hartz IV
Notruftelefon
01578 – 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr**

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE, Stadtverband Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 6/2011 ist Donnerstag, 9. Juni 2011. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

